

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 268
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 25. Oktober 1937.

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien für das Jahr 1936.

Bürgermeister Richard Schmitz hat dem Haushaltausschuss der Wiener Bürgerschaft innerhalb der durch die Stadtordnung festgesetzten Frist und nach eingehender Ueberprüfung durch das Kontrollamt und den Rechnungshof die Jahresrechnung der städtischen Hoheitsverwaltung und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1936 übermittelt.

In der Hoheitsverwaltung sind einschliesslich der Aufwendungen für die städtischen Betriebe und der für die Vollenauung und Fortführung des ausserordentlichen Investitionsprogrammes (Arbeitsbeschaffungsprogramm) benötigten Beträge Gesamtausgaben von 371,517.716'65 Schilling zu verzeichnen. Die Einnahmen betragen 371,028.023'26 Schilling, so dass die Jahresrechnung mit dem verhältnismässig geringfügigen Abgang von 489.693'39 Schilling schloss. Der für das Berichtsjahr aufgestellte Voranschlag hatte mit einem unbedeckten Nettoerfordernis von 15,705.710 Schilling gerechnet. Gegenüber dieser Annahme bedeutet das tatsächliche Ergebnis eine Verbesserung um mehr als 15 Millionen Schilling. Diese Entlastung der finanziellen Situation ist allerdings wesentlich auf die Verzögerung zurückzuführen, die infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse des vorjährigen Spätherbstes gerade bei ausschlaggebenden Vorhaben des Arbeitsbeschaffungsprogrammes - Höhenstrasse, Wientalstrasse, Wasserbehälter in Lainz, Kanalauswechslungen und andere - eintrat. Auch die für eine reichere Dotierung des Assanierungsfonds bereitgestellten Summen konnten noch nicht zur Gänze flüssig gemacht werden, da sich bei der Freimachung der in Aussicht genommenen Umbauprojekte mannigfache Hemmungen einstellten. Neben diesen Entlastungen, bei denen es sich ^{naturgemäss} nur um eine Verschiebung von Aufwendungen auf das folgende Jahr handelte, waren erfreulicherweise auch tatsächliche Erleichterungen im Stadthaushalt von der Einnahmenseite her zu verzeichnen, insbesondere im Steuer- und Abgabewesen.

Die eigenen Abgaben der Stadt, die mit 109 Millionen Schilling präliminiert waren, brachten Erträgnisse von rund 120 Millionen Schilling. Der budgetierte Ansatz wurde lediglich bei der Lustbarkheitsabgabe, bei der Hundeabgabe und bei der Feuerversicherungsabgabe nicht erreicht. Die mit 2'8 Millionen Schilling vorgeschenen Zuschläge zu den Immobiliargebühren des Bundes beliefen sich auf rund 4'5 Millionen Schilling. Die Ertragsanteile an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben brachten statt der veranschlagten 54'5 Millionen Schilling mehr als 68 Millionen Schilling. Hierin ist allerdings eine Nachzahlung von 2'5 Millionen Schilling auf Grund der endgiltigen Abrechnung der Ertragsanteile des Jahres 1935 mitinbegriffen. Die Gebühren für Müllabfuhr, Wasserbezug und Kanalräumung überschritten den Voranschlagsansatz von 26'5 Millionen Schilling um 2'5 Millionen Schilling. Insgesamt flossen den städtischen Kassen aus diesen Einnahmetiteln statt der veranschlagten 192,968.800 Schilling 221,676.931'35 Schilling zu. Damit waren fast 60 Prozent des Gesamterfordernisses der Stadtverwaltung gedeckt.

Der Realbesitz der Stadt, dessen Erträgnisse (Platzsinse, Nutzungen sowie die Mietzinseinnahmen der städtischen Wohnhäuser) mit 21,828.870 Schilling präliminiert waren, warf 21,976.030'24 Schilling ab. Die Einnahmen des Wohlfahrtsamtes an Verpflogskosten, Friedhofgebühren, verschiedenen Rückersätzen und andere betragen 11,926.212'03 Schilling gegen veranschlagte 11,115.700 Schilling. Die Einnahmen der Märkte und Schlachthöfe beliefen sich auf 9,110.306'70 Schilling (statt 8,109.500 Schilling). Die Beiträge der städtischen Unternehmungen u. a. zum Anlehensdienst der Stadt sowie die Abfuhr-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

ren der Unternehmungen hielten sich mit zusammen 49,644.314'81 Schilling ziemlich genau an den Voranschlag von 49,573.110 Schilling. Die übrigen Beiträge-Pensionsbeiträge der Angestellten, Beiträge der städtischen Unternehmungen und andere zum Strassen- und Brückenbau, Anliegerbeiträge und ergleichen-sowie die verschiedenen Ersätze und Erlöse brachten an Stelle der veranschlagten 17,380.070 Schilling tatsächlich 20,979.250'82 Schilling. Die rein rechnungsmässige Post der Wertabschreibungen von den städtischen Betriebsanlagen (mit 14,701.610 Schilling veranschlagt) konnte mit 15,233.274'12 Schilling in Empfang gestellt werden. Lediglich die städtischen Bäcker und die Lagerhäuser der Stadt Wien vermochten, durch die Ungunst der Saison bedingt, ihre Einnahmen nicht zu erreichen. Nach Abzug der Mindererträge dieser beiden Betriebe hatte die laufende Einnahmegerbarung gegenüber dem Voranschlag einen Ueberschuss von 34,220.701'88 Schilling zu verzeichnen.

Unter den veranschlagten Einnahmen war auch der restliche Erlös von 9,050.000 Schilling der mit Beschluss der Wiener Bürgerschaft vom 1. März 1935 genehmigten Schatzscheinemission vorgesehen. Ausserhalb des Voranschlages genehmigte die Wiener Bürgerschaft in ihrer Sitzung vom 22. Mai 1936 einen weiteren Schatzscheinkredit in der Höhe von 9 Millionen Schilling. Damit war die im Berichtsjahr fällige Tilgung von Stücken der Schatzscheinemission v. J. 1934 (Ueberbrückungskredit) gedeckt.

Die günstige Entwicklung der Einnahmen und die Ablösung der Fälligkeiten des Ueberbrückungskredites durch einen neuen Schatzscheinkredit einerseits, die Verzögerung in der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes andererseits ermöglichten es, die Jahresrechnung nahezu ausgeglichen abzuschliessen und von der Aufnahme der mit Beschluss der Wiener Bürgerschaft vom 6. Juni 1934, beziehungsweise 1. März 1935 genehmigten Hypothekarkredite im Berichtsjahre Abstand zu nehmen.

Die Ausgaben der Hochsverwaltung weisen folgende Gliederung entsprechend der Geschäftseinteilung des Magistrates auf:

Hauptstück	Angenommenes Erfordernis	Tatsächliches Erfordernis
Allgemeine Verwaltung	118,300.100 Schilling	119,041.147'60 Schilling
Finanzamt	47,493.220 "	43,219.189'48 "
Wohlfahrtsamt	96,084.110 "	96,504.144'10 "
Wohnungsamt	18,393.520 "	18,660.044'13 "
Bauamt	45,831.270 "	43,009.203'30 "
Wirtschaftsamt	11,416.790 "	12,022.563'59 "
Arbeitsbeschaffung	55,094.250 "	39,061.424'45 "
Summe der Ausgaben	392,613.260 S	371,517.716'65 S

Wie ersichtlich, konnten die Ansätze, von den bereits besprochenen Aufwendungen für die Arbeitsbeschaffung abgesehen, im allgemeinen eingehalten und die Ausgabenwirtschaft nach den erstellten Plänen geführt werden. Abweichungen über 1 Million Schilling sind in dieser Hauptübersicht nur beim Finanzamt und beim Bauamt festzustellen. Das Mindererfordernis des Finanzamtes hängt vor allem mit der vorhin erwähnten Rückstellung der Aufnahme von Hypotheken zusammen, wodurch die für den Dienst derselben sichergestellten Beträge erspart wurden. Die Minderausgabe des Bauamtes ist auf systematische Einsparungen in der Betriebsführung, hauptsächlich jedoch darauf zurückzuführen, dass die für die Schneesäuberung bereitgestellten Beträge dank der Schneearmut der Wintermonate nur zum Teil in Anspruch genommen werden mussten.

RÄTHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

An Einzelheiten weist der Rechnungsabschluss in der allgemeinen Verwaltung zunächst den Personalaufwand aus. Er belief sich für die Vertretung der Stadt einschliesslich der Gebühren für die Bezirksvorsteher und Vorstände der Fürsorgeämter auf 385.753'37 Schilling, für den Magistrat mit Ausnahme der Betriebe auf 50.641.544'35 Schilling, für das Schulpersonal auf 48.866.720'83 Schilling und für das Kontrollamt auf 302.726.02 Schilling. Diesen Aufwendungen sind noch zuzurechnen: die Personallasten der Betriebe im Betrage von 40.383.835'37 Schilling, der Beitrag zu den Ruhe- und Versorgungsgenüssen der n.ö. Landesbeamten und Lehrpersonen nach dem Trannungsgesetz Wien-Niederösterreich vom Jahre 1921 mit 2.902.486'20 Schilling und sonstige an anderen Stellen verrechnete Personalauslagen im Betrage von insgesamt 317.136'14 Schilling. Der Personaletat der Stadt stellte sich sonach mit Ausschluss der städtischen Unternehmungen auf 143.800.202'28 Schilling. Wenn die in den eigenen Einnahmen des Wiener städtischen Lehrerspensionsfonds bedeckten Aufwendungen - der Nettoabgang dieses Fonds im Betrage von 19.174.723'20 Schilling wurde von der Stadt gedecktmiteingerechnet werden, erhöht sich diese Summe auf 144.945.285'53 Schilling. Die Annahme des Budgetes betrug 145.474.800 Schilling und ist demnach bis auf 3'6 Promille eingehalten. Gegenüber dem Jahre 1930, in dem ein Personaletat von 193.290.174'99 Schilling zu verzeichnen war, ist ein Abfall von fast 50 Millionen Schilling, das sind 25 Prozent festzustellen. Auf die Aktivitätsbezüge entfielen im Berichtsjahre 98.476.449'74 Schilling, auf den Pensionsaufwand 46.468.835'79 Schilling. Der verhältnismässige Anteil der Aktivitätsbezüge an den Gesamtbezügen, der im Jahre 1930 noch 73'8 v.H. betragen hatte, ist auf 67'9 v.H. gesunken, eine Entwicklung, die zum guten Teile auf das Bestreben zurückzuführen ist, nach den gebotenen Möglichkeiten junge Menschen in den Arbeitsprozess einzugliedern. Der Stand des aktiven Personales hat sich im Berichtsjahre von 21.075 Personen auf 21.373 erhöht, der Stand an Pensionsparteiern von 13.354 auf 13.594. In den Wohlfahrtsanstalten waren ausserdem noch 282 geistliche Schwestern und 33 Rudolfinerinnen tätig. An ständigen Bediensteten wurden 1.012 aufgenommen, 585 Bedienstete wurden pensioniert.

Für das Schulwesen sind in der allgemeinen Verwaltung ausser den bereits genannten Aufwendungen für das Schulpersonal von 48.866.720'83 Schilling noch 2.718.284'19 Schilling für sachliche Erfordernisse wie Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Schulmöbel, Lehr- und Lernmittel verrechnet. Die Verwaltung und Erhaltung der Schulgebäude kostete einschliesslich der Erneuerung der Turnsaaleinrichtung 2.112.280'12 Schilling. Hievon entfallen 1.176.397'77 Schilling auf die Aufholung rückständiger Verhältnisse im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, darunter allein 687.014'38 Schilling auf die weitere Auswechslung veralteter Heizanlagen. Zu den Ausgaben des Fortbildungsschulfonds hatte die Stadt Wien den auf sie entfallenden 45prozentigen Kurialbeitrag von 1.729.200 Schilling beizusteuern. Den Aufwendungen für das Schulwesen sind auch die im Wohlfahrtsamt nachgewiesenen Kosten der Schulspeisung, der Schulzahnkliniken, des schulärztlichen Dienstes und der augenärztlichen Zentrale für Schulkinder im Betrage von 1.326.737'58 Schilling zuzurechnen, ebenso die Ausgaben anderer Verwaltungszweige für den Stadtschulrat, die Frauenberufsschulen, die Stipendien u.a.m. im Gesamtbetrage von 2.729.392'65 Schilling. Für den Bau einer Hauptschule in Asporn wurde im Arbeitsbeschaffungsprogramm als erste Rate der Betrag von 171.349'26 Schilling verrechnet. Dieser Neubau ist infolge der immer dichter werdenden Besiedlung der nordöstlichen Randgebiete der Stadt notwendig geworden und wird insgesamt Baukosten von 993.000 Schilling erfordern.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

Die Aufwendungen der Stadt Wien für das Schulwesen beliefen sich sonach im Berichtsjahre auf 59.653.964'63 Schilling, das sind 16 v.H. des Gesamtetat. Die Schülerzahl betrug zu Beginn des Schuljahres 1936/37 123.964, der Stand der aktiven Lehrpersonen 4.927 mit Einschluss von 443 Hilfslehrern. Gegenüber dem Jahre 1930 ist die Schülerzahl um 13.760, der Stand der Lehrpersonen um 1.032 gesunken. Dagegen hat sich der Stand der pensionierten Lehrpersonen gegenüber 1930 um 1.018 auf 3.948 erhöht.

Die Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs erforderten dem Voranschlag entsprechend 449.040'75 Schilling.

Die mit Bundesgesetz vom 30. Oktober 1935 jeder Ortsgemeinde auferlegte Anlegung des Einwohnerverzeichnisses verursachte eine neue Belastung von ungefähr 1 Million Schilling. Hievon entfallen 305.524'81 Schilling auf die Taggelder für das zur Durchführung der Einwohnerverzeichnung aufgenommene Personal nebst den gesamten Sozialabgaben und Einkommensteuerleistungen. Der Rest entfällt auf die Bezüge des hierfür verwendeten ständigen Personales und auf den erforderlichen Kanzleibedarf.

Auf der Rubrik Sicherheitswesen ist der Pauschalbeitrag an den Bund zu den Kosten der Sicherheitspolizei in der durch das Bundesgesetz vom 10. Dezember 1935 festgesetzten Höhe von 8 Millionen Schilling verrechnet.

Der für die Sondererfordernisse der Museen und Sammlungen veranschlagte Betrag von 40.800 Schilling wurde durch den nicht veranschlagten Ankauf des Artaria-Archives um rund 15.000 Schilling überschritten.

Die Feuerwehr erforderte einschliesslich des Personal- und allgemeinen Sachaufwandes 6.449.062'81 Schilling; im Rahmen der allgemeinen Arbeitsbeschaffung wurden ausserdem für Anschaffungen, die der Erhöhung der Schlagfertigkeit dienen, und für bauliche Adaptierungen - Erweiterung der Feuerwehrzentrale Am Hof, Errichtung einer neuen Feuerwache Winterhafen im Gebiete der grossen Mineralöllager, Errichtung eines Steigerturmes in der Feuerwache Prater u. a. - 559.634'13 Schilling verausgabt. Ende 1936 verfügte die Feuerwehr - die sonstigen Wagen ungerchnet - über 25 benzinelektrische und 165 bozinautomobile Geräte, darunter viele der neuesten Typen.

Auf der Rubrik Bildung, Kunst, Gewerbe, Sonstiges ist eine im Voranschlag nicht enthaltene Ausgabe von 246.314'43 Schilling für die Förderung des Volksbildungswesens verrechnet. Die Verhältnisse auf diesem kulturell so wichtigen Gebiete veranlassten die Stadtverwaltung einzugreifen, um wertvolle Einrichtungen zu retten. In Betracht kamen die Arbeiterbüchereien einschliesslich der Kinderbüchereien und der Wiener Volksbildungsverein. Die Büchereien - 53 Bibliotheken mit rund 300.000 Bänden - wurden von der Stadt übernommen. Die Sanierung des Wiener Volksbildungsvereines erfolgte in der Art, dass die Stadt seine Verbindlichkeiten gegen Ueberlassung der ihm und dem Verein Wiener Bildungswerk gehörenden Liegenschaften tilgte.

Für die Kunstförderung wurden - von den anlässlich der Errichtung der Familienasyle, der Ausgestaltung von Leichenhallen und Kapellen und anlässlich sonstiger Bauführungen erfolgten Vergebungen und von den Ankäufen der städtischen Sammlungen abgesehen - 92.713'01 Schilling verausgabt. Davon entfallen 23.400 Schilling auf Subventionen und Ehrenpreise, 38.930'90 Schilling auf den Ankauf von Gemälden und sonstigen Kunstwerken, 19.843'81 Schilling auf die Teilnahme an dem Kaiser Franz Joseph-Denkmalwettbewerb und 10.538'30 Schilling auf Veranstaltungen und dergleichen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Für Ehrengaben an 417 goldene Hochzeiter, 19 diamantene Hochzeiter und 117 Hausgehilfen mit 25- und 50-jähriger ununterbrochener Dienstzeit wurden 41.470'03 Schilling aufgewendet.

Für Empfänge, Salvatomedaillen, Kranzspenden, Feierlichkeiten u.ä. sind in der allgemeinen Verwaltung noch 216.905'40 Schilling verrechnet.

Von den Ausgaben des Finanzamtes ist zunächst die Beteiligung der Stadt an der neu gegründeten Oesterreichischen Versicherungs A.G. zu erwähnen. Sie wurde von der Wiener Bürgerschaft am 28. April 1936 beschlossen und erforderte einen Betrag von 999.600 Schilling.

Die wichtigste laufende Ausgabe des Finanzamtes bildet der Dienst der städtischen Anlehen. Für Tilgung, Verzinsung und sonstige Ausgaben aus diesem Titel wurden im Berichtsjahr 18.559.880'47 Schilling ausbezahlt.

Die mit Ende 1936 aushaftende Anlehenschuld setzte sich zusammen wie folgt:

Altkronen-Anlehen	17,708.450	S
Investitionsanleihe v. J. 1902	6,959.750	ffrs
und	67,453.100	afrs
Dollaranleihe v. J. 1927	4,310.500	/\$
Schillingschuldverschreibungen		
v. J. 1934	130,797.000	S
Halbanteil Wiens an der Niederösterreichischen Landesbahn-anleihe v. J. 1911	8,569.655	ffrs

Hiezu kamen noch 28.825.235 Schilling für rückzahlbare Kredite, die zur Errichtung städtischer Wohnhausbauten auf Grund des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes vom Jahre 1929 aufgenommen worden waren, und 454.980 Schilling für Baukostenbeiträge, die vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds in den Jahren 1919 bis 1922 geleistet wurden. Für Tilgung und Verzinsung dieser Baukredite wurden im Berichtsjahr 1.506.468'34 Schilling aufgewendet.

Mit Einschluss der bereits erwähnten Schatzscheinemission vom Jahre 1936 hatte die Stadt Wien seit 1934 insgesamt Schatzscheine mit einem Nominalbetrag von 94 Millionen Schilling begeben, deren Erlös hauptsächlich zur teilweisen Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes verwendet wurde. Hievon sind im Jahre 1935 9 Millionen Schilling und im Berichtsjahr 17 Millionen Schilling eingelöst worden, so dass Ende 1936 die kurzfristige Verschuldung der Stadt 68 Millionen Schilling betrug.

Die Verwaltungsschulden der Stadt-budgetmässige und durchlaufende Gebarung zusammengenommen haben sich im Laufe des Berichtsjahres von 77.783.770'36 Schilling auf 77.127.332'38 Schilling verringert. Von diesem Betrage entfallen jedoch allein 36.520.935'67 Schilling auf eine Durchführungspost, die lediglich die der Wasserkraftwerke A.G. seinerzeit zur Verfügung gestellten Erträgnisse der Abgabe von Gas und elektrischem Strom in Evidenz halten soll. Die Passivrückstände der budgetmässigen Gebarung - Kontrahentenrechnungen, die erst zu Ende des Jahres gelegt wurden, u. dgl. - sind mit 19.814.499'86 Schilling enthalten. Der Restbetrag von 20.791.896'85 Schilling umfasst Voreinzahlungen, transitorische Posten der betriebmässigen Verrechnung u.ä.

Die Verwaltungsforderungen beliefen sich einschliesslich der erwähnten Evidenzpost (Wag-Schuld) Ende 1936 auf 101.863.989'45 Schilling gegen 105.827.565'27 Schilling am 31. Dezember 1935. Auf rückständige Parteien

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

verpflichtungen der budgetmässigen Gebarung entfielen hievon 29,227.980'43 Schilling (gegen 32,663.490'70 Schilling im Vorjahre), auf vorausbezahlte Jännergehälter und sonstige transitorische Aktiven 9,292.907'87 Schilling, auf Darlehen, Vorschüsse u. a. 26,822.165'48 Schilling. Wegen Uneinbringlichkeit mussten von den vorjährigen Rückständen 1,407.334'39 Schilling abgeschrieben werden. Hievon entfallen allein 782.954'09 Schilling, das ist mehr als die Hälfte, auf Rückstände der Wertzuwachsabgabe bei Liegenschaftsübertragungen im Wege der Zwangsversteigerung, bei welchen der Ersteher nicht haftpflichtig ist.

Neben diesen Verwaltungsforderungen bestanden Ende 1936 noch Forderungen der Stadt gegenüber dem Wiener Bürgerspitalfonds in der Höhe von 5,526.006'74 Schilling und für Siedler- und Kleingärtnerkredite im Gesamtbetrage von 33,720.453'91 Schilling.

Die verfügbaren Geldbestände haben sich im Berichtsjahr von 13,209.304'28 Schilling auf 16,614.486'46 Schilling erhöht. Auf die eigenen Gelder entfielen 2,623.572'17 Schilling (gegen 2,304.157'34 im Jahre 1935), auf Rücklagen 10,420.540'85 Schilling (gegen 7,184.159'98) und auf Guthaben fremder Kontoinhaber (Bund, städtische Unternehmungen und Anstalten etc) einschliesslich der Depositen und Stiftungen 3,570.373'44 Schilling (gegen 3,720.986'96). Die Dotationen für den Anlehensdienst wiesen am 31. Dezember 1936 folgende Bestände auf: 69.465 frs , 571.284'60 sfrs , 1,421.175'85 ffrs und 1,610.881'50 Schilling.

Bei den Ausgaben des Wohlfahrtsamtes sind, soweit die geschlossene Wohlfahrtspflege in Betracht kommt, allgemein Ersparungen festzustellen. Diese reichten jedoch nicht hin, um die Mehraufwendungen in den Zweigen der offenen Fürsorge zur Gänze zu bedecken. So wurden an Pflegegeldern und Pflegebeiträgen für Kinder statt der veranschlagten 7,600.000 Schilling 8,194.785'25 Schilling ausbezahlt (+ 594.785'25 Schilling). Die laufenden Unterstützungen und Aushilfen für Erwachsene beliefen sich auf 19,298.863'52 Schilling (+ 1,098.863'52 Schilling). Die Verabfolgung von Arzneien, Bandagen und Optikerwaren in der offenen Armenpflege verursachte einen Aufwand von 1,229.000'53 Schilling (+ 429.000'53 Schilling).

Dagegen konnten die städtischen Wohlfahrtsanstalten infolge Ersparungen im Personal- und Sachaufwand mit einem Gesamtbetrage von 28,356.461'67 Schilling das Auslangen finden (- 1,018.938'33 Schilling). Die Verpflegung in fremden Heilanstalten (Fondskrankenanstalten u. s.) wurde nicht im veranschlagten Ausmasse beansprucht; sie erforderte 9,652.365'79 Schilling (- 460.234'21 Schilling). Schliesslich ergab sich auch bei den Friedhöfen eine Minderausgabe dadurch, dass einige veranschlagte Grunderwerbungen nicht mehr im Rechnungsjahre getätigt werden konnten, sondern auf das Jahr 1937 verschoben werden mussten (- 231.421'70 Schilling).

Die verzeichneten Minderaufwendungen in der Anstaltspflege und bei den Grunderwerbungen für die Friedhöfe erreichen zusammen den Betrag von 1,710.594'24 Schilling, wogegen die Zweige der offenen Fürsorge die Voranschlagsansätze um 2,122.649'30 Schilling überschritten haben.

Von den sonstigen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag ist noch ein Mindererfordernis von 278.483'69 Schilling bei den Ausgaben für die Schulspeisung zu erwähnen; es ist in der stärkeren Beschickung privater Kinderheime begründet, wird jedoch durch das Mehrerfordernis auf der Rubrik für die Unterbringung in fremden Kinderpflegeanstalten und Kinderheimen aufgehoben.

Die Aufwendungen für sozialpolitische Massnahmen, die gesetzlichen Beiträge der Stadt zu den Notstandsaushilfen und zu den Kosten der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

Altersfürsorge und zum Kleinrentnerfonds, die Ausgaben für den Schutz kinderreicher Familien und die Stipendien und Studienaushilfen - hielten sich mit 16,270.827'85 Schilling ungefähr im Rahmen des Voranschlages, wobei sich nur geringfügige Verschiebungen zwischen den einzelnen Teilrubriken ergaben. Nicht veranschlagt waren die Kosten für die Errichtung von Lager- und Erhöhlungsplätzen im Wald- und Wiesengürtel - 27.025'79 Schilling - sowie die Kosten für den Bau einer Aufbahrungshalle im Lainzer Friedhof - 30.434'62 Schilling. Das Erfordernis für die Tuberkulosenfürsorgestellen erhöhte sich um die nicht veranschlagten Beiträge an den Landesverein vom Roten Kreuz zu den Kosten für die Erhaltung seiner in Wien betriebenen Tuberkulosenfürsorgestellen. Die zur Förderung von Hilfsaktionen präliminierten Beiträge - 1,500.000 Schilling für die Winterhilfe, 200.000 Schilling für das Wiener Jugendhilfswerk, 50.000 Schilling für die Aktion Lehrlinge aufs Land, 350.000 Schilling für die Aktion Jugend in Not und 200.000 Schilling für die Aktion Jugend in Arbeit wurden voll ausbezahlt.

Ueber die Aufwendungen auf dem Gebiete der offenen Fürsorge allein liefert folgende vergleichende Zusammenstellung ein Bild, das die unausgesetzt steigende Inanspruchnahme der Stadt deutlich veranschaulicht.

Es betragen die laufenden Unter-

stützungen in der Armen- und Kinderfürsorge:	1933	22,122.040 S
	1934	22,438.310 "
	1935	24,125.140 "
	1936	24,736.180 "

die Ausgaben für Mutterschutz, Säuglingsfürsorge, Armenkrankenpflege, Familienschutz, die Aushilfen, die Beiträge für Hilfsaktionen, die Stipendien, die Ausgaben für die Kindergärten und Horte (ohne Personal- und allgemeinen Sachaufwand) und die Kosten der Schulspeisung:

1933	9,032.480 S
1934	9,033.180 "
1935	9,068.360 "
1936	9,806.780 "

die gesetzlichen Beiträge zu den Notstandsaus- hilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge sowie zum Kleinrentnerfonds:

1933	14,980.140 S
1934	15,202.270 "
1935	15,692.940 "
1936	15,783.830 "

Zusammen:

1933	46,134.660 S
1934	46,673.760 "
1935	48,886.440 "
1936	50,326.790 "

In welchem Ausmasse sich die Senkung vieler Familieneinkommen und wohl auch die Ueberalterung der Bevölkerung auswirken, zeigt die Entwicklung, die der Stand der im Bezuge von Erhaltungsbeiträgen stehenden Personen genommen hat:

Ende 1932	42.432 Personen
" 1933	44.117 "
" 1934	49.710 "
" 1935	52.907 "
" 1936	53.960 "

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

An sonstigen statistischen Daten aus der Wohlfahrtspflege des Jahres 1936 seien noch angeführt: Pflegebeiträge wurden Ende 1936 für 40.705 Kinder bezahlt, Pflegegelder für 5.074 Kinder gewährt. Fürsorgebücher, eine neue administrative Massnahme, die dem Missbrauch auf dem Gebiete der Fürsorge nach Möglichkeit steuern soll, wurden bisher rund 140.000 ausgegeben. Der Besuch der Kindergärten hatte einen Tagesdurchschnitt von 6.046, jener der Horte einen solchen von 2.457 aufzuweisen. An der Schulspeisung nahmen durchschnittlich 6.025 Kinder teil.

Die Anzahl der Verpflegstage von Kindern in der Erholungsfürsorge betrug rund 30.000, in fremden Kinderpflegeanstalten und Kinderheimen (einschliesslich der Lehrlingsheime und Tagesheimstätten) rund 1,200.000. Die städtischen Versorgungshäuser, Jugendfürsorgeanstalten, Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke und Tuberkuloseheilstätten wiesen rund 6,200.000 Verpflegstage aus, in fremden Anstalten wurden die Kosten für rund 1,500.000 Verpflegstage bezahlt. Die städtischen Herbergen für Obdachlose haben nebst rund 750.000 Nächtigungen auch 165.000 Verpflegstage im Dauerheim aufzuweisen.

Die Ausgaben der Stadt für Wohlfahrtswesen und Fürsorge sind mit den Gebarungen, die das Wohlfahrtsamt verrechnet, nicht erschöpft. Es sind noch in Anschlag zu bringen die in den anderen Hauptstücken enthaltenen Aufwendungen mit Wohlfahrtscharakter, z. B. die Kosten des Bäderbetriebes für die Armenfreibäder oder die Auslagen des Kraftwagenbetriebes für die Krankentransporte. Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm kommen folgende Herstellungen und Beschaffungen in Betracht: Errichtung einer gesonderten Herberge für obdachlose Frauen, Mädchen und Mütter mit ihren Kinder, 12., Kastanienallee, Beschaffung von kirchlichen Einrichtungen für die Wohlfahrtsanstalten, Auffüllung der Bestände an Wäsche, Kleidern und Schuhen, Aufholung rückständiger baulicher Verhältnisse, Modernisierung des Sanitätsfahrparks, Vergrösserung von Leichen- und Aufbahrungshallen u. a. m. Unter Einbeziehung dieser in anderen Gruppen verrechneten Kosten sowie des allgemeinen Personal- und Sachaufwandes jener Zweige des Wohlfahrtsamtes, die in seiner Verrechnung nur mit ihrem Sonderaufwand aufscheinen, ergibt sich eine Ausgabe für das Wohlfahrtswesen von 110,433.136'98 Schilling. Wenn endlich auch die Kosten für die Errichtung von Familienasylen, deren fürsorgerischer Charakter ausser Zweifel steht, im Betrage von 3,090.414'66 Schilling berücksichtigt werden, erhöht sich diese Summe noch auf 113,523.551'64 Schilling, d. s. 30'5 v. H. aller Ausgaben.

Die im Jahre 1934 begonnene Aktion, durch Errichtung von Familienasylen das durch die störenden Einflüsse der Grosstadt und besonders durch die Folgen der Arbeitslosigkeit bedrohte Familienleben im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu sichern, wurde im vergangenen Jahre fortgesetzt. Es konnten ausser dem bereits im Jahre 1935 eröffneten Brigitta-Asyl nunmehr vier weitere Asylbauten der Benützung übergeben werden und zwar: St. Josef im 10. Bezirk (mit 111 Wohnungen), St. Engelbert in Fünfhaus (mit 166 Wohnungen), St. Leopold in der Brigittenau (mit 114 Wohnungen) und St. Anna in Floridsdorf (mit 91 Wohnungen).

Mit Einschluss dieser Wohnungen sowie von 35 Wohnungen, die mit einem Kostenaufwand von 425.530'14 Schilling in der neuen Gartenstadt auf dem Wienerberg gewonnen wurden, verwaltete das städtische Wohnungsamt am 31. Dezember 1936 insgesamt 69.445 Wohnungen und 3.527 Geschäftslokale. Hierzu kommen noch 1.037 Wohnungen und 303 Geschäftslokale in den Zinshäusern der von der Stadt Wien verwalteten Fonds und Stiftungen. Für die Gewinnung von Wohnraum durch Aadaptierung aufgelassener Schulen u. a. sowie für die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

Beschaffung von Ersatzwohnungen zur Erleichterung von Umsiedlungen im Zuge von Assanierungs- und anderen Bauten wurden 550.290'13 Schilling, für die Stadtrandsiedlungsaktionen (Gründerwerbungen, zusätzliche Siedlerdarlehen, Fürsorgedarlehen u. a.) 454.621'70 Schilling verausgabt.

Die vom Wohnungsamt angewiesenen Zuschüsse zu den in Privathäusern eingehobenen Mietzinsen, die den sechstausendfachen Friedenszins übersteigen, stellten sich auf 295.367'29 Schilling. Diesen Zuschüssen sind die vom Wohlfahrtsamt angewiesenen, unter Geldaushilfen verrechneten Mietzinsbeihilfen und dgl. im Gesamtbetrag von 1.472.005'22 Schilling zuzurechnen, so dass für die unmittelbare Mieterhilfe rund 1'8 Millionen Schilling verausgabt wurden.

Die wirtschaftsbelebende und arbeitsfördernde Aktion des Assanierungs- und des Hausreparaturfonds wurde fortgesetzt. Die beiden Fonds wurden im Berichtsjahr mit zusammen 7.393.651'26 Schilling dotiert, und zwar zur Gänze aus städtischen Mitteln. Hiemit erreichten die Zuwendungen der Stadt für diese Zwecke den Gesamtbetrag von 17.324.086'26 Schilling. Da der Bund seinerseits den Hausreparaturfonds im Jahre 1934 mit 1.300.000 Schilling und im darauffolgenden Jahre mit 1.312.000 Schilling dotiert hatte, standen daher insgesamt für beide Aktionen bis Ende 1936 fast 20 Millionen Schilling zur Verfügung. Während der Hausreparaturfonds Zuschüsse gibt, erfolgt die Assanierungsfondshilfe der Hauptsache nach durch Gewährung zweitstelliger Hypotheken. Durch die Tätigkeit der beiden Fonds wurden zuzüglich der von privater Seite aufgewendeten Mittel dem Baugewerbe rund 80 Millionen Schilling zugeführt.

Die technischen Betriebe - Strassenpflege- und Kraftwagenbetrieb, Wasserversorgung, Kanalisation und Bäder - erforderten einen Personalaufwand von 14.968.003'79 Schilling (veranschlagt: 15.657.130 Schilling) und einen Sachaufwand (ohne Wertabschreibungen) von 11.641.432'91 Schilling (veranschlagt: 13.536.530 Schilling). Der Personalstand dieser Betriebe umfasste mit dem Stichtag 1. August 1936 3.500 Angestellte und Arbeiter. Investiert wurden, hauptsächlich im Rahmen der Arbeitsbeschaffung, 7.457.842'91 Schilling. Die Investitionen des Strassenpflege- und Kraftwagenbetriebes betrafen vor allem die weitere Ausgestaltung des Fahrparkes und die Verbesserung der Kehrlichtverbringung. Der Betrieb verfügte Ende 1936 über 289 Automobile und 8 lokomobile Geräte. Auf dem Gebiete der Müllabfuhr brachte das abgelaufene Jahr mit der Vollendung der technischen Ausrüstung des Müllabnehmerplatzes Bruckhausen einen wesentlichen Fortschritt. Die Verteilung erfolgte jetzt auch auf diesem Platz nicht mehr im kostspieligen Raupenschlopperbetrieb, sondern durch eine elektrische Förderbahn. Bezüglich der Wasserversorgung sind folgende Herstellungen zu erwähnen: der Bau des grossen Wasserbehälters im Lainzer Tiergarten, der derzeit seiner Vollendung entgegengeht, der Bau eines Zentralschöpfwerkes auf dem Rosenhügel, eine Anlage, die ebenfalls auf die künftige Erweiterung der Wasserversorgung Bedacht nimmt, die Rohrlegungen, die im Zuge des Umbaus der Reichsbrücke und der Stadionbrücke (vormals Schlachthausbrücke) erfolgten, und der Ausbau des Versorgungsgebietes des Wasserbehälters Laaerberg.

Der Kanalisationsbetrieb konnte die Kanalisierung des Roten Berges und jene des Wolfersberges, wo in der Nachkriegszeit eine Siedlung entstanden war, durchführen, die im Krieg unterbrochene Entlastung des Ottakringerbachkanales wieder aufnehmen und den Bau des für die künftige Entwicklung von Floridsdorf bedeutenden Brünner Strasse-Entlastungskanales, der im Jahre 1935 begonnen worden war, fortzusetzen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Die Ausgaben für die laufende Erhaltung der Strassen, Brücken, Hafenanlagen und Gärten stellten sich einschliesslich verschiedener Sach-erfordernisse und Beiträge auf 5,252.369'73 Schilling (veranschlagt: 5,564.280 Schilling). Hiezu kommen 3,495.093'33 Schilling (veranschlagt: 3,594.790 Schilling) für Personalbezüge und allgemeinen Sachaufwand. Die Erneuerungen und Neuherstellungen erforderten einen Betrag von 17,782.172'26 Schilling, womit vor allem die grossen Vorhaben des Arbeitsbeschaffungsprogrammes weit vorgetrieben werden konnten. So wurde der erste Teil der Höhenstrasse (Leopoldsberg-Cobenzl) nebst dem Höhenweg, dem Strandweg und dem Nasenweg auf dem Leopoldsberg zur Gänze und der zweite Teil (Cobenzl-Artariastrasse) bis zur Ueberbrückung der Sieveringer Strasse fertiggebrächt. Auch die Zubringerstrassen, insbesondere die Billrothstrasse mit ihren interessanten Niveauveränderungen, sind programmässig ausgeführt. Von der mit 11 Kilometer projektierten Autoeinfahrtsstrasse im Zuge des Wientales waren zu Ende des Berichtsjahres 5'7 Kilometer bereits befahrbar. Von den sonstigen grösseren Strassenbauten wären noch die neuzeitliche Ausgestaltung der Opernkreuzung sowie die Herstellung der Strassen und Rampen zur umgebauten Reichsbrücke und zur neuen Rotundenbrücke zu erwähnen. Das Programm der Brückenerneuerung ist, soweit der Umbau der Rotundenbrücke und die Hauptinstandsetzung der Franzensbrücke und der Marienbrücke in Frage kommen, durchgeführt. Der Umbau der Stadionbrücke, die wegen Abnahme der Tragfähigkeit für den Fuhrwerksverkehr bereits seit dem Jahre 1929 gesperrt war und deren Untergrundverhältnisse zu besonderer Vorsicht zwangen, war Ende 1936 ziemlich weit vorgeschritten. Die öffentlichen Gartenanlagen erfuhren eine Erweiterung um 43.350 Geviertmeter, wovon 35.800 Geviertmeter allein auf den Teil III des Floridsdorfer Wasserparks entfallen. Die Gesamtfläche der Gärten beträgt nunmehr 2,761.240 Geviertmeter. Die Alleebäume in den Strassen haben durch Uebernahme der Bundesstrassen und durch Neupflanzungen einen Stand von 60.340 erreicht.

Die Aufholung rückständiger baulicher Verhältnisse an den Amtsgebäuden wurde neben der laufenden Erhaltung fortgesetzt. Auch die technischen Einrichtungen in den Aemtern erforderten aus diesem Titel namhafte Beträge. So wurden, um nur einige Beispiele zu nennen, in fünf Bezirkshauptmannschaften um den Betrag von 94.042'99 Schilling moderne Telefonanlagen geschaffen, 140.535'24 Schilling für elektrische Installationen verausgabt und 99.519'24 Schilling für die Arbeiten an den Heizanlagen.

Zur Verbesserung der öffentlichen Strassenbeleuchtung wurden von der Hoheitsverwaltung 109.195'39 Schilling beigesteuert. Die Kosten für Einrichtung, Erhaltung und Betrieb der öffentlichen Beleuchtung haben die städtischen Gaswerke und die städtischen Elektrizitätswerke zu tragen.

Wenn der im Rechnungsabschluss des Bauamtes ausgewiesenen Ausgabensumme von rund 43 Millionen Schilling das Erfordernis des wesentlich aus Bauvorhaben bestehenden Arbeitsbeschaffungsprogrammes, ferner die Kosten für die Erhaltung der Gebäude und technischen Anlagen der Wohlfahrtsanstalten, Friedhöfe, Wohnhäuser, Märkte und Schlachthöfe sowie der auf das Bauamt entfallende Anteil am Aufwand der allgemeinen Verwaltung zugerechnet werden, gelangt man zu einem Betrage über 100 Millionen Schilling als Gesamterfordernis des Bauamtes, d. s. rund 27 v. H. aller Ausgaben.

Bei den Märkten und Schlachthöfen erhöhten sich die allgemeinen Unkosten, da die Verzinsung unter Zugrundelegung der auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung (B.G.Bl. II Nr. 322/1934) richtiggestellten Anlagewerte berechnet wurde. Für Anschaffungen in den Fleischversorgungsanstalten wurde ein zusätzlicher Betrag von 121.742'20 Schilling verausgabt. Der im Arbeits-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am.....

beschaffungsprogramm zur Vorbereitung für die Errichtung eines Gross-, Gemüse-, Obst- und Blumenmarktes vorgesehene Aufwand von 50.000 Schilling entfiel, da in dieser Angelegenheit durch Umstände, auf welche die Stadtverwaltung keinen Einfluss hat, ein Fortschritt nicht zu verzeichnen war.

Die zentralen Beschaffungsstellen, die ausschliesslich für Gemeindezwecke arbeiten und ihre Gebarungen durchlaufend verrechnen, hatten einen persönlichen und sachlichen Regieaufwand von 2,585.603'82 Schilling zu verzeichnen.

Die Beträge, die aus dem Haushalt der städtischen Hoheitsverwaltung im abgelaufenen Jahre unmittelbar dem Gewerbe, dem Handel und der Industrie zugeflossen sind, erreichten die namhafte Höhe von rund 78'5 Millionen Schilling, d. s. 21 v. H. aller Ausgaben, ein Beweis für die Bemühungen der Stadtverwaltung, zur Belebung des Arbeitsmarktes ihren Teil beizusteuern. Von dieser Summe entfallen 39 Millionen Schilling auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm, 5'5 Millionen Schilling betragen die normalen Investitionen und auf 34 Millionen Schilling können die laufenden Ausgaben arbeitschaffender Art- wie die Erhaltung der Anlagen, die Nachschaffung von Geräten, Einrichtungsgegenständen und Wäsche, die Beschaffung von Materialien, die Schnee- arbeiterlöhne u. a. m. geschätzt werden. Die Auslagen für Lebensmittel, Brennstoffe und elektrischen Strom sind dabei nicht in Rechnung gestellt. Hier sind jedoch auch die Investitionen der städtischen Unternehmungen zu erwähnen, die im Jahre 1936 zusammen 12,353.000 Schilling erforderten. Weiters wurden von den städtischen Unternehmungen für den laufenden Betrieb Aufträge im Gesamtbetrage von rund 32 Millionen Schilling gegeben. Die Gesamtsumme der unmittelbar dem Handel, der Industrie und dem Gewerbe zugeflossenen Aufträge der Stadtverwaltung erreichte sohin den Betrag von rund 123 Millionen Schilling.

Den Jahrberichten der städtischen Unternehmungen, die wie üblich gesondert von der Hoheitsverwaltung bilanzieren, sind folgende Daten zu entnehmen.

Die Gaswerke schliessen nach Durchführung entsprechender Abschreibungen, Zuweisungen an Rücklagen und einer weiteren Teiltilgung des durch die Anwendung des Investitions-Begünstigungsgesetzes in früheren Jahren entstandenen Verlustvortrages mit einem Gebarungsüberschuss von 10,961.168'28 Schilling ab. Sie haben im Berichtsjahr 250,894.604 Kubikmeter Gas, d. s. um 2'32 v. H. weniger als im Jahre 1935, verkauft. Der Rückgang ist fast ausschliesslich auf einen Minderverbrauch an Raumheizung zurückzuführen, eine Folge der gegen das Vorjahr wesentlich wärmeren Witterung in den Winter- und Frühjahrsmonaten. In einem ganz geringfügigen Masse sank auch die Gasverwendung für Haushaltzwecke. Dagegen ist eine Steigerung des Gasbedarfes für technische Zwecke in den gewerblichen und industriellen Betrieben gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Die Zahl der angeschlossenen Gasmesser erhöhte sich um 3.063 auf 529.535.

Die angefallenen Mengen an Koks, Teer Benzolkohlenwasserstoffen und Ammoniak sind zu den im Jahre 1935 erzielten Preisen verkauft worden.

Die Tätigkeit der seit Oktober 1934 bestehenden Gasgemeinschaft wies eine günstige Entwicklung auf. Der Umsatz betrug 1,341.020'53 Schilling und war um 62'8 v. H. höher als im vorhergehenden Jahre, wodurch für die Gasgeräte-Industrie und das Installationsgewerbe vielfach zusätzliche Arbeit geschaffen wurde.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am.....

Auch die Bilanz der Elektrizitätswerke schliesst aktiv ab. Sie weist nach entsprechenden Abschreibungen und Rücklagen einen Ueberschuss von 10,051.337'76 Schilling aus. Die verkaufte Strommenge des Unternnehmens hat sich im Jahre 1936 um 2'95 v.H. auf 359,057.096 Kilowattstunden erhöht. Die Zunahme erstreckte sich auf alle Absatzzweige, verhältnismässig am grössten war sie beim Kraftstrom für Industrie und Gewerbe. Die Zahl der angeschlossenen Stromzähler stieg um 7.835 auf 691.787.

Der Strombedarf wurde zur Gänze im Inland gedeckt, i. zw. zu 80'33 v.H. durch Wasserkraftstrom und zu 19'67 v.H. von den eigenen mit inländischer Kohle betriebenen Dampfkraftwerken.

Bei den Strassenbahnen schliesst das Geschäftsjahr mit einem Gebarungsabgang von 5,602.931'17 Schilling. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich eine Verschlechterung um rund 0'9 Millionen Schilling. Die Ursache hierfür ist darin gelegen, dass auch im Berichtsjahre der Einnahmerückgang grösser war als die durch verschiedene Sparmassnahmen bewirkte Senkung der Ausgaben.

Die Beförderungsleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn betrug im Jahre 1936 rund 478'7 Millionen gegenüber ^{rund} 479'2 Millionen Fahrgästen im Jahre 1935. Die Wagennutzleistung auf der Strassenbahn und Stadtbahn war um 0'7 v.H., die Zahl der Triebwagenkilometer auf der Strassenbahn nur um rund 0'1 v.H. kleiner als im Vorjahr. Die für die Verkehrsichte massgebende Zahl der Triebwagenfahrten an Werktagen blieb mit durchschnittlich rund 11.100 Fahrten gegen das Vorjahr nahezu unverändert. Auf der Stadtbahn wurde bei gleichem Fahrplan die Wagenzahl der Züge dem Bedarfe angepasst.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung auf der Strassenbahn und Stadtbahn sind von rund 100'3 Millionen Schilling im Jahre 1935 auf rund 96'3 Millionen Schilling zurückgegangen. Dass die Einnahmen trotz des oben festgestelltengeringfügigen Rückganges der Beförderungsleistung in so starkem Ausmasse gesunken sind, ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Fahrgäste, die die Strassenbahn nur für kurze Fahrten in Anspruch nehmen und daher einen geringeren Fahrpreis entrichten, im Berichtsjahre stark zugenommen hat. Die Fahrgeldeinnahme je Fahrgast, die im Jahre 1935 noch 20'91 g betragen hatte, ist im Berichtsjahre auf 20'10 g zurückgegangen.

Die Beförderungsleistung des Autobusbetriebes betrug im Berichtsjahre rund 17'1 Millionen gegenüber rund 17'4 Millionen Fahrgästen im Jahre 1935. Die Wagennutzleistung des Autobusbetriebes ist infolge des ganzjährigen Betriebes der Linie auf den Kahlenberg um 4 v.H. gestiegen.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung des Autobusbetriebes betragen rund 4'8 Millionen Schilling gegenüber rund 4'7 Millionen Schilling im Jahre 1935, ebenfalls eine Folge des ganzjährigen Betriebes der Linie auf den Kahlenberg.

Das Ergebnis des Elektrobetriebes-Linie Pötzleinsdorf-Salmansdorf hat sich infolge des andauernden Frequenzrückganges im Berichtsjahr weiterhin verschlechtert.

Das Brauhaus der Stadt Wien erzielte einen Gebarungsüberschuss von 257.645'29 S gegenüber 387.272'32 S im Vorjahre.

Der Gebarungsüberschuss der städtischen Leichenbestattung stellte sich auf 160.494'25 S. Die Zahl der kostenlos durchgeführten Begräbnisse betrug 14'3 v.H. aller von der städt. Leichenbestattung durchgeführten Bestattungsfälle, gegenüber 14'7 v.H. im Jahre 1935.

Ein kleiner Umsatzrückgang bei der Ankündigungsunternehmung konnte durch entsprechenden Sponenabbau wettgemacht werden, so dass ungefähr der gleiche Gebarungsüberschuss wie im Vorjahre erzielt wurde. Er betrug 81.867'75 Schilling.